

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
:: (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) ::
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Essene in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

No 138

Dienstag, den 19. November 1918

69. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Auf Anordnung des Staatskommissars für Demobilisierung gebe ich bekannt, daß der Zivilbevölkerung das Verlassen sowohl des linksrheinischen Gebietes als auch des 10 Kilometer breiten rechtsrheinischen neutralen Streifens verboten ist.

Fortbeförderung durch die Bahn ist unmöglich. Grösste Ernährungsschwierigkeiten würden unausbleiblich sein.

Jeder schützt sein Eigentum am besten, indem er selbst dableibt. Aufrechterhaltung der Ordnung und des Wirtschaftslebens erfordert jeden an seinem Platz.

Reisen sind nur noch gegen besonderen Reischein gestattet; ausgenommen ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr.

Zur Ausstellung der Reisescheine sind bis auf weiteres nur die Ortspolizeibehörden im Einvernehmen mit den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten berechtigt.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich um ortsfällige Bekanntgabe.

Rüdesheim a. Rh., den 14. November 1918.

Der Landrat.

Keine Anordnung vom 27. August 1917 betreffend Verbunkelungsmaßnahmen wird hiermit aufgehoben.

Ich ersuche um weitere Veranstaltung wegen ortsfälliger Bekanntgabe, auch wegen Befreiung der Blenden an den Straßenlaternen.

Rüdesheim a. Rh., den 14. November 1918.

Der Landrat.

Kartoffelbestandsaufnahme.

Am 22. ds. Mts. findet eine Kartoffelbestandsaufnahme bei der Gesamtbewirtschaftung des Rheingaukreises statt. Die Aufnahme hat den Zweck, in möglichst einwandfreier Weise den tatsächlichen Bedarf des Kreises festzustellen und die erforderlichen Aufschüßungen zu erwirken. Es werden allen Haushaltungen Bordscheine zugehen, auf denen die Angaben wahrheitsgemäß niederzuschreiben sind. Die ordnungsgemäß und vollständig ausgefüllten Bordscheine sind am 22. ds. Mts. bei den Bürgermeisterämtern der Wohngemeinden abzuliefern, die sie an den Kreisaußschuß weitergeben. Die Angaben werden durch Volkskommissionen auf ihre Richtigkeit nachgeprüft und falsche Angaben strafrechtlich verfolgt.

Rüdesheim a. Rh., den 14. November 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Aufruf zur Beteiligung an den Nachprüfungen der Kartoffelbestände.

Für die Nachprüfungen der Kartoffelbestandsaufnahme durch örtliche Beschäftigung der Kartoffelbestände im Rheingaukreise werden hiermit geeignete Personen, vornehmlich aus Verbraucherkreisen aufgefordert, sich bei den Bürgermeisterämtern ihrer Wohngemeinden oder bei uns, sofort schriftlich oder mündlich zu melden. Die Kommissionen werden von uns zusammengestellt und auf die einzelnen Gemeinden verteilt. Als Vergütung werden 10 Mk. — für den Tag gewährt.

Rüdesheim a. Rh., den 15. November 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

Betr.: Kriegsgefangene.

Folgt aus dem durch den Waffenstillstand bedingten allgemeinen Abbruch sämtlicher Kriegsgefangenen und der großen Transport- und Verpflegungsschwierigkeiten, können Knechtstellungen sowie Erhaltungsforderungen für erkrankte und entworfene K.-G. unter keinen Umständen mehr erfolgen. Es ist daher zwecklos, wenn Arbeitgeber sich mit solchen Gesuchen an die Inspektion wenden. Da außerdem die angeforderten Rückführungen aus der Landwirtschaft für Industrie und Fort nicht mehr zur Ausführung kommen, sondern die K.-G. bis zum entgeltlichen Abtransport bei ihren Arbeitgebern verbleiben müssen, können die einzelnen Wirtschaftsausschüsse durch Umstellung innerhalb ihrer Gemeinden in den dringenden Fällen helfen.

Die Inspektion bringt außerdem noch folgende Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Kenntnis:

Verbot vorzeitiger Entlassung von Kriegsgefangenen.

Es ist vorgekommen, daß Arbeitgeber von ihnen bis jetzt beschäftigte Kriegsgefangene ohne weiteres in die Gefangenenerlager zurückgebracht haben, trotzdem sie von zuständiger Stelle angewiesen waren, diese unter allen Umständen bis zum Abzug durch die Lager weiter zu halten.

Dies kann wegen der bei einem solchen Verfahren unausbleiblichen Ernährungs- und Transport- und Verpflegungsschwierigkeiten sowie wegen Ueberfüllung der Lager nicht geduldet werden, selbst wenn sie augenblicklich unbeschäftigt sind.

Alle Arbeitgeber von K.-G. haben daher diese bis zum Abzug durch die Inspektion der Kriegsgefangenenlager oder die Lager in der leiblichen Weise weiterzubehalten, zu bewachen und zu verpflegen, vorbehaltlich nachträglicher Regelung etwaiger Erhaltungsforderungen für gewährte Verpflegung usw. durch die Inspektion der Kriegsgefangenenlager.

Zu widerhandeln werden von dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verantwortung gezogen werden.

Nachrichtenanstalt des Arbeiter- und Soldatenrates.

Rüdesheim a. Rh., den 16. November 1918.

Der Kreisaußschuß des Rheingaukreises.

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verfährt schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.

3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.

4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt. Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mk. ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg.
Dittmann. Barth.

An die deutsche Landbevölkerung!

Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung auf zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen als die beste bürokratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstgeschaffene Orts- und Gemeindeausschüsse dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittelmengen zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, desto weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selber in der Hand, diese auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklich schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land treibt und die von der Front zurückflutenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Viesierung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungehinderten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhänge möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen. Niemand wird Unbilliges von ihr verlangen und sie verantwortlich machen, wenn Transport- und Verpflegungsschwierigkeiten oder andere Umstände Störungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen, aber im eigenen Interesse und

in dem der Volksgesamtheit muß die Landbevölkerung jetzt ohne jeden Verzug die freiwillige Organisation von Bauernräten in die Hand nehmen.

Erfreulicher Weise haben die berufenen Organisationen der deutschen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorschlag an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewendet und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Jetzt gilt es schnell zu handeln, jede Passivität auszuschalten und in freiwilliger, gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamt und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungernot über den Einzelnen und über die Volksgesamtheit heraufbeschwören muß.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande:

Bildet unverzüglich Bauernräte!

Berlin, den 12. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten:

Ebert. Haase. Landsberg. Scheidemann. Barth.
Dittmann.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Schutz der östlichen Provinzen.

BB. Berlin, 16. Nov. Der Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren wird einheitlicher Leitung unterstellt. Hierfür wird in Gemeinschaft mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat das A.-D.-R. Heimatschutz-Ost gebildet.

Unterstaatssekretär (gez.) G. H. r.
Kriegsminister (gez.) Scheuch.

Kein Eingriff in das Privatvermögen.

Berlin, 15. Nov. Um den umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten erklärt die Reichsregierung: 1. Wir beabsichtigen nicht, die Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Borräten in Geld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.

2. Wir beabsichtigen nicht, Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen aus schärfster zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.

3. Gehalts-, Pensions- und sonstige Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, Offiziere und anderen Personen des Soldatenstandes, Kriegsschädigten und Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase.

Der militärärztliche Dienst.

BB. Berlin, 16. Nov. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliche militärärztlichen Dienststellen ihre Tätigkeit im vollen Maße ununterbrochen fortsetzen. Das Büro der Bevollmächtigten befindet sich im Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums, Wilhelmstraße 94.

Der Vorkursrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
(gez.) Müller. (gez.) Kollmann.

Das Demobilisationsamt.

BB. Berlin, 16. Nov. Das Demobilisationsamt gibt folgendes bekannt: Auf die Entlassungen von Gegenständen, die vom Demobilisationsamt oder in dessen Auftrag im Interesse der wirtschaftlichen Demobilisation vorgenommen werden, finden die Bestimmungen der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. 4. 1917 (Reichsgesetzblatt S. 376) und vom 17. 1. 1918 (Reichsgesetzblatt S. 37) entsprechend Anwendung.

Sicherung der Kriegsteuer.

BB. Berlin, 16. Nov. Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft was folgt: § 1: Die Vorschriften in dem § 2 ff. des Gesetzes über die Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 (M.G.B. 11315) wird auf das 5. Kriegsjahr mit der Maßnahme ausgedehnt, daß die Gesellschaften in der Kriegsteuererklärung 80 v. H. des im 5. Kriegsjahre erzielten Reingewinns einzufüllen haben. § 2: Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Ebert. Haase.

Die Truppenentlassungen.

Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet. Die jüngeren werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, a. B. Gefahrenabwehrung müssen

warten, bis sie entlassen sind. Leute aus Elb- und Ostpreußen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen. Leute aus dem Ruhrgebiet können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1898 und 1899 angehören. Götze, Kriegsminister Schenk.

BB. Berlin, 16. Nov. An jedem ordnungsmäßig ausschreibenden Unteroffizier und Mann aus dem deutschen Heere soll verabschiedet werden: 1) unentgeltlich ein Entlassungszeugnis (soweit Vorrat reicht, Zivil, sonst Uniform), 2) ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mark und als Marschgeld, soweit Marschgebühren zu zahlen sind, vom Truppenteil ein Pauschalbetrag von 15 Mark, 3) Verabschiedung von 2) wird abhängig gemacht von ordnungsmäßiger Entlassung. Dazu gehört: a) Abgabe noch im Besitz befindlicher Waffen und Munition, b) Empfangnahme der Entlassungspapiere, c) Anerkennung der Stammtafel. Götze, Unterstaatssekretär, Schenk, Kriegsminister.

Der Buß- und Betttag kein gesetzlicher Feiertag.

Der für Mittwoch, den 20. 11. 18., durch frühere Verordnungen angelegte Buß- und Betttag gilt nicht mehr als gesetzlicher Feiertag. Es bleibt jedem einzelnen überlassen, wie er sich an diesem Tage verhalten will. Alle früheren Beschränkungen für Theater, Lustbarkeiten und öffentliche Lokale fallen weg. Ob eine Arbeitsruhe stattfinden soll, bleibt der Entscheidung der Beteiligten überlassen.

Frankfurt a. M., den 18. Nov. 1918.

Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates:
Der Polizeipräsident.

Lebensmittelschiffe für Deutschland.

Acht Dampfer zur Abfahrt bereit.

* Schweizer Grenze, 18. Nov. Die Times melden: Acht ehemalige deutsche Dampfer verlassen am 19. November mit Lebensmitteln für Deutschland beladen, New York.

* Schweizer Grenze, 18. Nov. Schweizer Presseinformationen aus Washington zufolge hat dort der bringende Hilfsrat Deutschlands nicht nur auf die Washingtoner Regierung, sondern auch auf die amerikanische Bevölkerung einen tiefen, vielfach geradezu erschütternden Eindruck gemacht. Man stellt in der amerikanischen Presse teilweise einen völligen Stimmungsumschwung gegenüber Deutschland fest. Der Ton, der in den Blättern angeschlagen wird gegenüber dem besiegten Feind, ist durchaus versöhnlich und darauf abgezielt, daß man sich dem schwer bedrohten deutschen Volke gegenüber großmütig zeigen müsse.

BB. Berlin, 16. Nov. Die deutsche Regierung hat eine Note nach Washington geschickt, worin mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Wilson gewillt ist, die Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß größte Eile tut, und daß die Annahme der dringenden Lebensmittelschiffe mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich untragbarer mache. Die Gefahr anaristischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit den deutschen Bevollmächtigten Einzelheiten zu beraten. Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn Hoover gelegt werden könnte.

Die eine Berliner Korrespondenz von zuständiger Stelle hört, wollen die Entente-Mächte Deutschland pro Monat: 75 000 Tonnen Getreide, 150 000 Tonnen Fleisch, 250 000 Tonnen Getreide liefern auf Grund eines vom Kriegsernährungsamt aufgestellten Verbrauchsplans. In Pausen und Bogen berechnet, würde auf den Kopf der Bevölkerung zwei Pfund Getreide, vier Pfund Fleisch und sechs Pfund Getreide für den Monat kommen.

Zur inneren Lage.

Die Besetzung der Reichsämter.

BB. Berlin, 16. Nov. Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden: Auswärtiges Amt Dr. Solf, Reichsschatzamt Schiffer, Reichswirtschaftsamt Dr. August Müller, Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation Dr. Röth, Kriegsernährungsamt Emanuel Wurm, Reichsarbeitsamt Bauer, Kriegsministerium Schenk, Reichsmarineamt von Mann, Reichsjustizamt Dr. Krause und Reichspostamt Rüdlin. Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt: Dr. David, Kriegsernährungsamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt Karl Rautsch, Reichsschatzamt Ed. Bernheim, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann, Rönne, Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation Böhner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jädel, Kriegsministerium Götze und Däumig, Reichsmarineamt Roske und Vogt, Reichsjustizamt Dr. Esler Sohn. — Staatssekretär Erzberger wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Besetzung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen.

BB. Berlin, 16. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten ernannte Professor Dr. Hugo Preuß zum Staatssekretär des Innern. Die Geschäfte des Reichskolonialamts führt Dr. Solf, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, weiter.

Aus der Fortschrittlichen Volkspartei.

BB. Berlin, 16. Nov. Ein Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Berlin trat nach lebhafter Aussprache für eine Einigung sämtlicher liberalen Kreise im Lande und für die Bildung einer demokratischen Partei auf republikanischer Grundlage ein. In dem Sinne ist ein Aufruf gehalten, der u. a. von Prof. Weber, Graf Bernstorff und Walter Rathenau unterzeichnet ist. Die Entschließung der Fortschrittlichen Volkspartei lautet: Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei Großberlins fordert die Parteigenossen auf, die Bestrebungen zur Aufrechterhaltung eines geordneten Wirtschaft- und Staatslebens zu unterstützen, zugleich mit

dem Entschlusse, bei der Neuordnung die volle Gleichberechtigung aller Volksschichten staatsrechtlich zu erwirken. Der Parteitag verlangt die schnelle Einberufung einer von Männern und Frauen zu bildenden Nationalversammlung. Der Parteitag erachtet die Bildung einer großen deutschen auf demokratischem und republikanischem Boden stehenden Partei, die sich zur Aufgabe setzt, die Reichseinheit zu sichern und die politischen Grundfälle und Ziele des freiheitlichen Bürgertums in Stadt und Land zur Geltung zu bringen, als unabwiesbares Gebot.

Die deutschen Gewerkschaften.

BB. Berlin, 16. Nov. Der Vorstand der deutschen Gewerkschaften begrüßte mit einstimmigem Beschluß den Sieg der politischen Freiheit in Deutschland. Aus dem freien Deutschland heraus erhebe sie ihre Stimme gegen die ungewöhnlichen und geradezu unmöglichen Währungsbedingungen, die von den alliierten Mächten gestellt und dem deutschen Volke auferlegt worden sind. Gerade die ärmere Bevölkerung Deutschlands, die Arbeiterklasse, würde dadurch dem größten Elend und dem Hungertode ausgeliefert werden. An der Weiterentwicklung der Wirtschaften und innerpolitischen Entwicklung wollen die Gewerkschaften nach Maßgabe ihrer Kräfte mitarbeiten und mit dafür eintreten, daß die wirtschaftlichen Interessen hinter den politischen Forderungen nicht zurückbleiben. Die bisher herrschende Uebereinstimmung der Auffassungen über die wirtschaftliche Notwendigkeit zwischen der Partei und den Gewerkschaften hat zu der Erwartung berechtigt, daß die sozialdemokratischen Parteiführer jetzt und in Zukunft die Kenntnisse und Erfahrungen der Gewerkschaftsfunktionäre beiziehen werden. Den Arbeiterbrüdern im Bann der Welt wird ein besonderer Dank dafür ausgesprochen, daß sie in ihren Etagen entschlossen für die Einheit der Arbeiterklassen eingetreten sind. Auch die Gewerkschaftsgruppe hat Vertrauen darauf, daß die Parteiführer aus der Gewerkschaft getragene werden. Die Gewähr für den Ausbau und die Sicherung der Errungenschaften der Republik erblicken die Gewerkschaften in den Beschlüssen der Volksregierung, einer Nationalversammlung auf breiter demokratischer Grundlage einzuberufen. Nachdem die Forderungen für die Volksernährung und die Demobilisierung des Heeres klargelegt sind, wird die Zulassung von Gewerkschaftsvertretern zur bevorstehenden Friedenskonferenz gefordert.

Der Schulunterricht.

BB. Berlin, 16. Nov. (Mittl.) Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung richtete folgenden Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen:

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen Kultur und historischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden. 2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen. 3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution, sowie die gegenwärtige Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schulkinder das Ansehen und die Errungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen. 4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da ein solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt. 5. Bis zum Erlaß über die Trennung von Schule und Kirche sind die Anträge von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsbehörden ohne jeden weiteren Nachweis vom Schulunterricht zu befreien.

BB. Bremen, 16. Nov. Gestern erfolgte die offizielle Übernahme des Rathauses durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

(b.) Straßburg, 16. Nov. Wegen der Besetzung Straßburgs durch die Franzosen, die bereits erfolgt ist, stellte das sozialdemokratische Organ, die „Rathausers Volkszeitung“, ihr Erscheinen ein.

Gründung von Bürgerräten.

(a.) Berlin, 16. Nov. Der vorbereitende Ausschuß für Gründung von Bürgerräten hat nachstehende Entschließung gefaßt:

Zur Aufrechterhaltung eines geordneten staatlichen und Wirtschaftslebens ist die Mitarbeit des Bürgertums nicht zu umgehen, dessen volle Mitwirkung bei allen staatlichen Maßnahmen wir zu wahren entschlossen sind. Die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung, sowie des Wirtschaftslebens werden wir unterstützen. Indem wir uns auf den Boden der vollen sozialen Gerechtigkeit stellen, verlangen wir die schnelle Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf der Grundlage eines gleichen und ungehinderten Wahlrechts aller Schichten der Bevölkerung. Eine einzuberufende Bürgerversammlung wird über die einzelnen Aufgaben des Bürgerrates entscheiden.

Die Sprache der Vernunft.

(b.) Berlin, 16. Nov. Wie der „Vorwärts“, so tritt jetzt auch die sozialistische „Rheinische Zeitung“ für baldige Einberufung der Nationalversammlung ein. Das Blatt schreibt:

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind die revolutionäre Überleitung zur sozialistischen Republik. Solange sie herrschen, sind weite Volksschichten politisch einflußlos. Die Demokratie gebietet, diesen Zustand möglichst abzukürzen, mit größter Beschleunigung auf die Wahl der Nationalversammlung hinzuwirken. Es würde einer Preisgabe bisher feierlich verkündeter Grundzüge gleichkommen, wenn etwa versucht werden sollte, den Übergangszustand länger als nötig zu erhalten. In dem Augenblick, wo wir von unsern demokratischen Idealen auch nur um ein wenig abtrüben, legen wir die Art an die Wurzel unserer eigenen Existenz. Wir sind Sozialisten und Demokraten, Sozialis-

mus ohne Demokratie ist undenkbar. Ein halbes Jahrhundert hindurch predigen wir das; unsere großen Führer haben es uns gelehrt, in zahlreichen Kundgebungen haben wir es ausgesprochen. Mit dieser demokratischen Ueberzeugung vertritt sich selbstverständlich ebensowenig der hier und dort unternommene Versuch einer Beschränkung der Meinungsfreiheit. Wir dürfen weder gegnerische Versammlungen unterdrücken, noch unliebsame Blätter unter Vorzensur stellen oder enteignen. Zeigen wir uns in allem reif für die neue Freiheit; führen wir in diesen historischen Tagen vor der Mit- und Nachwelt den Beweis, daß der deutsche Sozialismus, der jetzt zum Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung schreitet, fähig und würdig ist zur Lösung der gewaltigsten Aufgabe, die jemals von Menschen zu bewältigen war!

Reichs=Arbeitslosenfürsorge.

Ueber die näheren Bestimmungen, die das Gesetz betreffend die Arbeitslosenfürsorge treffen wird, verlautet folgendes: Zur Unterstützung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge, werden Reichsmittel bereitgestellt. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine Fürsorge für Arbeitslose einzurichten. Der Fürsorge darf nicht der Charakter der Armenpflege beigelegt werden. Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden wird von dem Gesamtanstand für die Arbeitslosenfürsorge vom Reich 6 Zwölftel und von den zuständigen Bundesstaaten 4 Zwölftel erstattet. Nicht leistungsfähigen Gemeinden kann eine Erhöhung der Reichsbeiträge bewilligt werden. Zuständig für die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung ist die Gemeinde des Wohnortes des Arbeitslosen. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort vertrieben sind, sollen möglichst nach ihrem früheren Wohnort zurückkehren und sind nach ihrer Rückkehr an den früheren Wohnort dort zu unterstützen. Dazu wird ihnen freie Eisenbahnfahrt gewährt. Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 15 Jahre alten Personen zuteil werden, die infolge von Arbeitslosigkeit als Folge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist näher definiert. Ein kleiner Teil von Sparbüchern oder einer Wohnungseinkunft darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu gewähren. Art und Höhe der Unterstützung, die Festsetzung einer kurzen Karenzzeit von höchstens einer Woche für die Arbeitslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer und anderer Einzelbestimmungen sind dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Es ist jedoch für eine ausreichende Unterstützung zu sorgen, die mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten und nach der Zahl der Familienmitglieder für den Ernährer als angemessen zu erachtenden Entlohnungen entsprechen muß. Anstelle von Geldunterstützung können auch Sachleistungen treten. Ausschüttungsgründe für den Bezug der Unterstützung sind Mißbrauch der Einrichtung, Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften usw.

Aus Belgien.

Aus dem Haag wird geschrieben: Da die meisten bisherigen belgischen Verordnungen in Brüssel jetzt hier eingetroffen sind, läßt sich ein besseres Bild über die Lage in Belgien gewinnen. Der Gründung eines belgischen Arbeiterrates in Brüssel muß man wohl vorläufig keine Bedeutung beilegen. Der demnächst zu erwartende Einzug des Königs Leopold in Brüssel und die nationale Begeisterung wird alles andere überdecken. Beim Wiederauftritt des Parlaments werden dann allerdings schwierige Fragen zu lösen sein, bei denen die Interessen der einzelnen Gruppen der Bevölkerung weit auseinandergehen. So die Abschaffung des für die Sozialisten so ungünstigen Pluralwahlrechts, die sozialen Gesetze einschließlich der Lohn- und Arbeitsdauerfrage und endlich die Sprachenfrage. Soweit die Gegenstände hier zu Neubildungen treiben, läßt sich im voraus nicht berechnen. Erfreulicherweise ist man endlich, wenn auch spät, zur Erkenntnis gekommen, wie grundfalsch es war, sich deutscherseits in die Flamenfrage einzumischen, wobei das deutsche Volk fortwährend mit Scheinergebnissen getäuscht wurde. Nun sind zahlreiche belgische Aktivisten nach Holland geflüchtet. Die Gemeindeverwaltung von Brüssel hat in den letzten Tagen Maßnahmen getroffen, um Ausbrüche des Hasses, die zu Zerstörungen des deutschen Eigentums führen könnten, zu verhindern. Der Bürgermeister von Brüssel, Lemmonier, hat eine Bürgergarde gebildet und jedes deutsche Haus soll für die erste Zeit eine Wache bekommen. Die ersten Wochen werden wohl eine Periode des Hasses darstellen. Aber dann wird das belgische Volk an seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau gehen, wobei schließlich das deutsche Hinterland kaum entbehrt werden kann.

Allerlei Nachrichten.

Falsche Gerüchte.

(b.) Berlin, 16. Nov. Der „Vorwärts“ hatte in einem Aufsatz „Wie es kam“ behauptet, die Ursachen des Revolutionsausbruchs bei der Flotte und damit in ganz Deutschland sei die Absicht gewesen, die gesamte Flotte zu einem Verweilungskampfe gegen die englische Flotte in See zu führen und Heber die gesamte Befehlshaber zu opfern als die deutschen Schiffe in englische Gewalt kommen zu lassen. Vom Reichsmarineamt werden diese Behauptungen als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Lediglich darum habe es sich gehandelt, den bei seinem Rückzug bedrohten rechten Flügel des deutschen Heeres an der flandrischen Küste dadurch zu schützen, daß man die Zuhilfenahme von England nach Flandern forderte. Zu diesem Zwecke sollten leichte Streitkräfte, namentlich U-Boote, in See gehen. Im übrigen war der Plan nur dem Leiter der Hochseeflotte und zwei Admiralen bekannt. Die angeblich geschundenen Abschiedsbriefe der Offiziere gehören demnach in das Reich der Fabel.

Die Frage der Schlösser.

(b.) Berlin, 16. Nov. Im Bereiche des Ministeriums des Innern steht eine große Reihe von Neubauten bevor. So soll u. a. geplant werden, von den königlichen Schlössern in der Weise Gebrauch zu machen, daß man den Gemeindeverwaltungen anheimstellt, diese zu Amtszwecken oder zur Aufnahme von Kriegsbeschädigten zu verwenden.

Tirpitz geflohen.

(b.) Berlin, 17. Nov. Der Großadmiral von Tirpitz, der wenige Tage vor dem Ausbruch der Revolution in aller Stille abgereist war, ist in der Schweiz angekommen.

Ein Appell des Fürsten Lichnowsky.

BB. Berlin, 16. Nov. Im „Vorwärts“ veröffentlicht Fürst Lichnowsky einen Appell an die britische Nation. Im Appell heißt es u. a.: „Ich wende mich an meine vielen persönlichen Freunde, in erster Linie an Lansdowne, Grey und Asquith. Ich bitte sie, ihren weitreichenden Einfluß, ihr hohes persönliches Ansehen, das sie über jeden Unterschied der Partei erhebt, für die hohen Ideale der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, die ihre politische Vergangenheit kennzeichnen, in die Waagschale zu werfen, nachdem die Zwecke erreicht sind, für die England in den Krieg eintrat, nämlich den Schutz Belgiens und Frankreichs und schließlich auch die Verwandlung Deutschlands in ein Staatswesen auf demokratischer Grundlage. Ich vermag immer noch nicht zu glauben, daß das Bedürfnis nach Rache und der Wunsch, das deutsche Volk zu erwürgen, alle anderen Gefühnungen zurückdrängt, die vor dem Kriege das britische Volk beherrschten und deren Zeuge ich bei so vielen Anlässen gewesen bin. Die uns auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind aber von dem Geiste befeelt, den man nicht anders als den der Rache bezeichnen kann, da ihre gewissenhafte Durchführung Elend, Hunger, Anarchie und ein Chaos unfehlbar im Gefolge hätte. Zum Schluß sagt Fürst Lichnowsky: Nicht an das Mittel, sondern an die Einsicht wende ich mich und hoffe, daß mein Ruf nicht ungehört bleiben wird.“

Kaiser Wilhelm II.

(b.) Haag, 16. Nov. Das „Amsterdamer Handelsblad“ meint, daß der Kaiser und der Kronprinz nicht als Kriegsgefangene angesehen werden können, vielmehr werden sie das Recht in neutralen Holland genießen. Holland sei nur verpflichtet, den Kaiser, solange der Krieg dauert, zu internieren. Sobald der Friede geschlossen ist, sind Kaiser und Kronprinz in Holland in der gleichen Lage wie andere Fremde, d. h. sie sind vollkommen frei in der Wahl ihres Aufenthaltsortes, solange sie die öffentliche Ruhe nicht stören. Falls man in Deutschland die Absicht hätte, ein neues Gesetz zu erlassen, um den Kaiser zur Verantwortung zu ziehen, könnte Holland nicht zur Auslieferung gezwungen werden, weil es sich um einen politischen Vorgang handelt, wobei Holland nicht auszuliefern braucht.

BB. Haag, 16. Nov. Gestern traf hier die Nachricht ein, daß die Kaiserin, obwohl die Soldaten ihre sowohl den Aufenthalt in Berlin als auch die Abreise gefürchtet hatten, dennoch in Deutschland bleiben wird und zwar auf Wunsch des Kaisers selbst. Der Kaiser war über gestern nicht wohl und mußte den ganzen Tag über das Bett hüten.

BB. Basel, 16. Nov. Die „Sava“ aus New-York berichtet, befragte die amerikanische Zeitung „World“ verschiedene Persönlichkeiten über das künftige Schicksal des Kaisers Wilhelm. Der frühere Vizepräsident in Berlin, Gerard, erklärte, Wilhelm werde von England wegen Mordes belangt werden. Er ist der Ansicht, daß das amerikanische Volk seine Auslieferung verlangen wird. Der ehemalige Vizepräsident Amerikas in Wien, Penfield, fordert die Internierung des Kaisers auf der Teufelsinsel, während der Präsident der Universität Cornell, erklärte, der Kaiser sei durch die Tatsache, daß er aus dem menschlichen Leben zu dem verworfensten der Menschen geworden sei, schon genügend bestraft.

Der Papst interveniert für Deutschland.

* Karlsruhe, 16. Nov. Die vatikanischen Blätter, darunter der „Popolo Romano“, melden, daß der Papst nichts unversucht lassen werde, um die Notlage des deutschen Volkes zu lindern. Es verlautet, der Papst würde bei den Italienern einen Schritt unternehmen und an das Gebot der Menschlichkeit appellieren, um die Gefahr einer Hungersnot in Deutschland abzuwehren.

Madensens Armee.

(b.) Debreczin, 16. Nov. Feldmarschall von Madensens ist mit seinem Stabe, 2000 Mann und 200 Automobilen, hier eingetroffen. Er erklärte dem obersten Stadthauptmann, er appelliere an die Gastfreundschaft Ungarns und hoffe, daß die Bevölkerung ruhig und duldsam den Durchzug der Deutschen hinnehmen werde. Im Kriegsministerium wurde beschloffen, die Deutschen zu entwaffnen. Madensens fügte sich diesem Befehl. Die Truppen sind entwaffnet und sind auf der Heimfahrt. Ein Frage ist, ob genügend Eisenbahnmaterial vorhanden ist. Man rechnet damit, daß die Armee Madensens den Heimweg größtenteils in Fußmärschen wird zurücklegen müssen.

BB. Budapest, 16. Nov. Der ungarische Nationalrat erhielt von der deutschen Volksregierung ein Telegramm, in dem es u. a. heißt: Deutschland würde es dankbar aufnehmen, wenn die ungarische Regierung den Durchgang der deutschen Truppen auf Grund des vom 11. November zwischen der Entente und Deutschland abgeschlossenen allgemeinen Waffenstillstandes unter freundschaftlicher Lösung der Fragen der Eisenbahnbeförderung und Verpflegung erleichtern würde, damit auf die bezeichnete Weise die deutschen Soldaten sobald als möglich abzurufen und auf heimatischem Boden zum Friedenszustand übergehen können.

Sachsens neue Regierung.

BB. Dresden, 17. Nov. Die Beauftragten des A. u. S.-Rates von Dresden, Chemnitz und Leipzig haben in einem Aufruf an das sächsische Volk die Ziele der Revolution dargelegt und die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt. Die Regierung setzt sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammen: Lipinski, Inneres und Finanzen, Fleißner Militärwesen, Schwarz Arbeitsministerium, Dr. Gradnauer Justiz. Die Geschäfte der Ministerien sind von den Volksbeauftragten übernommen.

Die Rückkehr deutscher Truppen.

BB. Haag, 16. Nov. Deutsche Soldaten aus Belgien, die durch Holland ihren Marsch fortsetzen wollen, tragen rote Fahnen. Der deutsche Militärattaché im Haag, Major von Schweinitz, redet gütlich zu, daß sie die Fahne der Internationale ablegen, damit die holländische Regierung keine Schwierigkeiten

bereiten kann. Auch die Entlassung an der Grenze geht störungslos vonstatten. An einem Tage waren es 11 000 Mann, die bei Maastricht durchmarschierten. Weitere werden erwartet.

Friedensverhandlungen.

BB. Amsterdam, 16. Nov. Nach einer Meldung des Reuterschen Büros aus London schreibt „Daily Chronicle“, daß die Friedenskonferenz Anfang 1919 in Versailles zusammentreten wird. Zu britischen Bevollmächtigten würden Lloyd George, Balfour und Barnes gehören. Die britische Delegation würde vermutlich aus über 200 Personen bestehen.

Deutsch-Österreich.

BB. Wien, 16. Nov. Der Leiter des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Neuheres, Bauer, richtete an den Präsidenten Wilson ein Schreiben, worin er ihm die Proklamierung der deutsch-österreichischen Republik mitteilt und ihn bittet, die Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich auf Wiederherstellung der engen staatsrechtlichen Verbindung mit Deutschland zu unterstützen. Dr. Bauer bittet bald um Verhandlungen über einen Präliminarfrieden und bittet ferner um Ueberweisung von Lebensmitteln.

BB. Wien, 16. Nov. Der Volksbeauftragte der deutschen Republik, Dr. Hugo Haase, übermittelte dem Leiter des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Neuheres, Dr. Bauer, ein Telegramm, worin er ihm die Glückwünsche erwidert, die er der deutschen Republik übermittelte. Der Rat der deutschen Volksbeauftragten sei gerne bereit, mit ihm alle Fragen der Friedensverhandlungen zu erörtern. Vertreter von Deutsch-Österreich würden in Berlin gern erwartet. Weiter versichert Dr. Haase, daß man in Deutschland festen Willens sei, den Deutsch-Österreichern betr. Kohlen zu helfen.

Feuergefecht auf dem Wiener Ostbahnhof.

BB. Wien, 16. Nov. Infolge der Weigerung des nachts durchfahrenden ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 67 aus Eperjes, gemäß den Bestimmungen die Waffen freiwillig abzuliefern, kam es auf dem Ostbahnhof zu einem Feuergefecht zwischen den ungarischen Truppen und der Bahnhofswache. Dabei ist ein Infanterist getötet und zwei Offiziere und neun Soldaten schwer verletzt worden.

Die Entente für den russischen Bundesstaat.

BB. Kiew, 16. Nov. In Jassy ergaben die bisherigen Verhandlungen zwischen der Entente und den Vertretern der russischen Einzelstaaten, daß die Entente die Einigung Russlands als Föderativstaat anerkennt. Die Wünsche nach der Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit wurden abgelehnt. Die deutschen Truppen dürfen bis zur Bildung einer ukrainischen Armee im Lande bleiben.

Die Ukrainer.

BB. Kiew, 16. Nov. Eine Botschaft des Heimats an das ukrainische Volk weist auf die bevorstehende Wiederherstellung Russlands als Föderativstaat hin und erklärt, daß die Ukraine als ein Glied in diesem Föderativstaat eintreten wird. Zugleich ernannte der Heimats ein neues Ministerkabinett mit dem bisherigen Verpflegungsminister Gerschel als Ministerpräsident.

Die Volschewisten.

St. Petersburg, 17. Nov. Der „Werner Bund“ meldet aus Helfingsfors: Die Volschewisten haben alle Untertanen der fremden Mächte verhaften lassen, unter ihnen auch die Mitglieder des deutschen Generalkonsulats in Petersburg.

Aus Holland.

St. Petersburg, 17. Nov. Der „Werner Bund“ meldet aus dem Haag: Die holländische Regierung hat offiziell mit der Sowjet-Regierung gebrochen und den Gesandten der russischen Volschewisten-Regierung im Haag, Rosiner, die Mitteilung zugehen lassen, die Niederlande zu verlassen.

General Smuts.

BB. London, 16. Nov. (Reuter.) General Smuts hielt in einer Gesellschaft amerikanischer Redner, die Gäste der Regierung waren, eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Hauptaufgabe der Alliierten sei jetzt, Europa zu retten. Nicht nur die alten Institutionen, sondern die ganze Zivilisation sei in Gefahr. Man müsse jetzt die Welt gegen den Hunger organisieren; das sei die beste Vorbereitung auf internationale Freundschaft und Zusammenarbeit. Auch die feindlichen Länder brauchen Hilfe, die man ihnen großzügig gewähren müsse. Während der Zeit des Wiederaufbaues werde man die Zufuhr gewisser Rohstoffe für alle Länder, die alliierten und neutralen sowohl, als auch die feindlichen rationieren müssen. Dafür sei wiederum eine internationale Maschinerie notwendig. Man steuere auf diese Weise geradezu Wege auf den Völkerverbund zu, der mit der Durchführung dieser internationalen Funktionen betraut wurde.

Unsere heldenmütigen Ost-Afrikaner.

* Haag, 18. Nov. Holländisches Neues-Bureau meldet aus London: Nach Informationen aus offizieller Quelle halten die Deutschen unter General Lettow-Vorbeck noch immer Stand. Die Streitmacht besteht aus ungefähr 1000 Eingeborenen und 300 Europäern. Lettow-Vorbeck verfügt über zahlreiche Maschinengewehre, doch hat er keine Geschütze mehr.

Kapitulation Lettow-Vorbeck.

* London, 17. Nov. Reuter. Der deutsche Oberbefehlshaber in Ostafrika General v. Lettow-Vorbeck hat kapituliert.

Kleine Nachrichten.

(b.) Köln, 16. Nov. Laut „Rhein. Ztg.“ hat ein Explosionsunglück in Köln-Wahn 200 Todesopfer gefordert. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt worden.

(b.) Mainz, 16. Nov. Landtagsabgeordneter Adelman, von Beruf Schiffschreiber, wurde von den Stadtverordneten einstimmig zum Beigeordneten gewählt, mit vorläufig 10 000 Mark Gehalt.

W. Berlin, 16. Nov. Ein offenbar geistig gestörter Seeoffizier erschien auf der Matrosenwache und schoß dort nach irren Reden mit einer Pistole planlos um sich. Es handelt sich um den Kapitänleutnant Breitkreider, dessen Mitarbeit der Kommandant von Berlin, der Abg. Wels bereits abgelehnt hatte, weil der Kapitänleutnant einen geistig gestörten

Eindruck machte. Bei der Schießerei wurde ein Matrose und der Seeoffizier getötet.

(b.) Posen, 17. Nov. Als ein Trupp Plünderer das Beliebungssamt stürmen wollte, fuhr ein Maschinengewehr des Soldatenrates auf, feuerte und tötete 3 Soldaten und einen Zivilisten.

BB. Amsterdam, 16. Nov. Die unruhige Stimmung ist bereits abgeklaut. Auch im Haag und in Rotterdam ist von Aufregungen nichts mehr zu spüren.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Die letzte fleischlose Woche.

* Oestrich, 19. Nov. Die fleischlosen Wochen werden, wie das Kriegsernährungsamt mitteilt, für die Zukunft aufgehoben. Die gestern begonnene Woche (18.—24. November) wird die letzte fleischlose Woche sein.

Geländet.

* Eltville, 19. Nov. Frau Julie Schäfer, geb. Schröder, von Schierstein, die vor drei Wochen infolge eines Anfalles von Schwerkopf den Tod in dem Rhein gesucht und gefunden hat, ist hier geländet worden.

Sparfameit im Elektrizitäts-Verbrauch.

X Es ist die Meinung verbreitet worden, daß mit Eintritt des Waffenstillstandes und der Beseitigung der Fliegergefahr nunmehr die Bestimmungen über die Einschränkung im Verbrauch von Gas und Elektrizität aufgehoben seien. — Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die bestehenden Bestimmungen über die Einschränkung mit Rücksicht auf die Ersparung an Kohlen erlassen worden sind und daß die Kohlenknappheit nicht nur weiterbesteht, sondern sich noch verschärft wird. Die Bestimmungen über die Verbrauchseinschränkung bestehen nach wie vor und müssen mit aller Strenge durchgeführt werden. Wenn auch in letzter Zeit die Straßenbeleuchtung im Interesse der öffentlichen Sicherheit etwas verstärkt worden ist, so darf hieraus nicht der Schluß gezogen werden, daß nunmehr in den Wohnungen und Geschäften, in Industrie und Gewerbe keine Einschränkung im Verbrauch mehr geübt zu werden brauche. — Die Lage der Kohlenbeschaffung ist schon z. St. eine derartig schwierige, daß auf äußerster Sparfameit im Verbrauch schon jetzt gedrungen werden muß, wenn nicht in aller kürzester Zeit ein Verfall der Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität eintreten soll.

Der Vertrauensmann der Rheingau-Elektrizitätswerke AG, Eltville.

Strompreise der Rheingau-Elektrizitätswerke in Eltville.

* Eltville, 18. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung vom 5. Nov. gab Herr Bürgermeister Dr. Reuter von zwei Meinungsverschiedenheiten Kenntnis, die zwischen der Stadt und den Rheingauwerken hier herrschen. Die Elektrizitätspreise sind im Einverständnis mit der Stadt im Jahre 1917 in Ansehung der Kriegsverhältnisse von 40 Pfg. auf 45 Pfg. für das Licht erhöht worden, und von 16 Pfg. auf 20 Pfg. für Kraft. Das Werk verlangt nun eine weitere Erhöhung auf 50 Pfg., das will die Stadt nicht ohne weiteres zugestehen. Nach ihrer Ansicht kann das Werk etwaige Mindereinnahmen dadurch decken, daß es Gelder aus ihren Rücklagen entnimmt, oder so, daß es die Preise für die Großabnehmer erhöht. Sodann haben nach Ansicht der Stadt die Werke in 1917 zugesichert, sie wollten die Kohlensteuer selbst tragen, falls der Preis auf 45 Pfg. erhöht werde, was ja geschehen ist. Die Werke behaupten aber, sie hätten das nur für den Fall zugesagt, daß der Preis auf 50 Pfg. erhöht werde; da aber beide Punkte eine gütliche Einigung nicht zu erzielen ist, sollen die Fragen durch das Gericht entschieden werden. Die Versammlung stimmt dem zu, nachdem anfängliche Bedenken der Herren Rau, Dr. Mecken und Dr. Kornbusch geschwunden waren.

Versammlung des Volksvereins.

* Mittelheim, 19. Nov. Am morgigen Mittwoch (Vuf- und Betttag), nachmittags 3 Uhr, findet im Rethmann'schen Saale eine Volksversammlung der Zentrums-Partei statt. Männer, Frauen und Jungfrauen, die infolge der neuen Organisation demnächst als gleichberechtigte Wähler an der Wahlurne erscheinen werden, sind hierzu alle eingeladen.

Mehr Mehl diese Woche.

St. Radesheim a. Rh., 15. Nov. In der am 15. ds. Mts. beginnenden 5. fleischlosen Woche wird wieder eine kleine Ration Mehl als Ersatz für Fleisch zur Verteilung kommen.

Tödtlicher Unfall.

O. Radesheim a. Rh., 17. Nov. Im Bereiche des hiesigen Bahnhofes wurde eine Schaffnerin aus Frankfurt a. M. von einem Güterzug überfahren. Sie war sofort tot. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle gebracht.

Kirchliches.

* Oberwalluf, 18. Nov. Am Sonntag, den 24. November, wird in der hiesigen Pfarrkirche das Fest der hl. Elisabeth gefeiert. Um 2 Uhr nachmittags: Aussetzung des Bußkleides der hl. Elisabeth; darauf Fastenpredigt und Andacht. An diesem Tage kann hier ein vollkommener Ablass unter den gewöhnlichen Bedingungen gewonnen werden.

Keine fleischlose Woche — in Mainz.

* Mainz, 18. Nov. Da die Viehverhältnisse für die Stadt Mainz sich zur Zeit etwas günstiger gestaltet haben, kann hier die fleischlose Woche vom 18. bis 24. November in Wegfall kommen.

Verbot der Hauschlachtungen.

* Höchst a. M., 15. Nov. Für den Umfang des Kreises Höchst verbot der Arbeiter- und Soldatenrat jegliche Hauschlachtungen; nur Metzschlachtungen sind gestattet. Die Maßnahme soll der Bekämpfung der Schweinefleischschlachtungen dienen.

Rundgebung des Frankfurter Soldaten- und Arbeiterrates.

* Frankfurt a. M., 16. Nov. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zur Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung mit Lebensmitteln ist es unbedingt erforderlich, daß die militärischen Dienststellen

* Entsprechend dem Beschluß der neuen preussischen Regierung, sämtliche zum preussischen Kronvermögen gehörenden Gegenstände mit Beschlag zu belegen, tragen die Königlichen Gebäude in Berlin, u. a. auch die Museen, seit Donnerstag vormittag rote Plakate, auf denen das Wort „Nationaleigentum“ steht.

1. Deutschlands Schicksalsstunde,
Referent: Gg. Scheffler, Viebrich.
2. Wahl eines Arbeiters und Bauernrats.
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Dr. med. Tholl.
Eltville am Rhein.

Bingen, Schmittstrasse 23.

Wiesbaden, Michelsberg 1.
Haltestelle der elektr. Linie 2 (rot) und 3 (blau).

Die festgelegten fleischlosen Wochen bereiten vielen Leutenummer, indem sie längere Zeit Fleisch nicht entbehren zu können glauben und daher Unterernährung, Entkräftung befürchten. Um ihnen dies auszuweichen, liegt es ja sehr nahe, sie auf gesund und kräftig aussehende Vegetarianer

Verantwortlich: Adam Etienne, Desirich.

Aufsichtsrat und Vorstand des
Vorschuss- & Creditverein,
in Geisenheim E. G. m. b. H.

Hallgarten, den 18. November 1918.

Estville a. Rhein.

eine schwarze Handtasche
von Winkel nach Destrach. In-
halt: Geld und Schlüssel.
Abzugeben gegen Belohnung
bei dem Verlag d. Bl.

and give us a
mobile.